



Interviews

22. Januar 2024

Silvia Engels im Gespräch mit Norbert Lammert

Silvia Engels: Am Telefon ist Norbert Lammert. Er war von 2005 bis 2017 Bundestagspräsident von der CDU und damit Vorgänger in diesem Amt von Wolfgang Schäuble. Schäuble folgte Lammert als Bundestagspräsident nach, nachdem Norbert Lammert aus dem Bundestag ausgeschieden war. Heute leitet er die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung. – Guten Morgen, Herr Lammert!

Norbert Lammert: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Sie waren von 1980 bis 2017 für die CDU Abgeordneter im Bundestag, haben eine lange gemeinsame parlamentarische Wegstrecke mit Wolfgang Schäuble erlebt. Was bleibt Ihnen vor allem in Erinnerung?

Lammert: Ja, in der Tat war Wolfgang Schäuble schon da, als ich 1980 in den Bundestag kam. Er war damals Parlamentarischer Geschäftsführer und gehörte zu den nicht völlig unauffälligen, aber nicht auf der vorderen Bühne sichtbaren, damals noch vergleichsweise jungen Parlamentariern. Er war für mich damals als Neuling die erste wichtige Adresse, um mich im parlamentarischen Alltag zurechtzufinden, der Zugehörigkeit zu Ausschüssen, welche Rolle man innerhalb der Fraktion wahrnehmen kann, und in jeweils wechselnden Funktionen haben wir tatsächlich beinahe 40 Jahre zusammen in der Fraktion und im Deutschen Bundestag verbracht.

Engels: Den deutschen Einheitsvertrag auszuhandeln, das wird immer mit Wolfgang Schäuble verbunden sein. Auch seine Rede, die nach Meinung der allermeisten den Umzug von Regierung und Parlament von Bonn nach Berlin besiegelte. Wie haben Sie ihn speziell in dieser Rolle erlebt, in dieser besonderen Zeit?

Lammert: Wolfgang Schäuble war jemand, der durch Argumente beeindruckte und überzeugte, jedenfalls nicht durch Lautstärke und schon gar nicht durch Polemik. Im Übrigen: Auch seine Rede für die Frage, ob Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin umziehen sollen, war ganz sicher nicht laut und ich würde sie auch nicht für eine klassische leidenschaftliche Rede halten, was den Gestus betrifft. Aber sie war nüchtern und von einem, mit oder ohne Anführungszeichen beinahe heiligem Ernst gekennzeichnet, und dabei spielte für die Wirkung auf die Kolleginnen und Kollegen eine nicht zu unterschätzende Rolle, dass er gerade wenige Monate nach dem Überstehen dieses schrecklichen Attentats wieder in den Bonner Parlamentsbetrieb zurückgekehrt war, was seinem Auftreten doch noch mal eine zusätzliche, mindestens Aufmerksamkeit verschaffte. Die Einschätzung ist jedenfalls nicht an den Haaren herbeigezogen, dass wenn denn überhaupt eine einzelne Rede zu einer ausschlaggebenden Beeinflussung der noch nicht entschlossenen Abgeordneten beigetragen hat, es dann wohl seine gewesen ist.

Engels: Dann springen wir zeitlich noch etwas weiter. Später dann, nach der CDU-Spendenaffäre, die ihm ja den Aufstieg in höchste Ämter unmöglich machte, prägte sich Wolfgang Schäuble während der Griechenland-Euro-Krise noch mal als Finanzminister ins kollektive Gedächtnis, später dann als Verfechter der berühmten schwarzen Null. Sie waren in dieser Zeit Bundestagspräsident geworden. Wie tief und schmerzhaft haben Sie auch das Ringen im Parlament um diese Fragen rund um Währungsstabilität und um Wirtschaft erlebt? Die gingen ja auch sehr tief.

Lammert: Ja! – Nun muss man da zwei miteinander verbundene Sachverhalte unterscheiden. Das eine war die Frage, ob überhaupt und wie häufig und unter welchen Bedingungen man einem Euro-Mitgliedsstaat durch finanzielle Flankierung durch andere zur Hilfe kommen sollte und dürfe. Die andere Frage, die mich als Parlamentspräsident beinahe noch mehr beschäftigt hat, waren die damit verbundenen Verfahrensfragen und die auch damals gelegentliche Überforderung in den Zeitabläufen, in der Kurzfristigkeit von Vorlagen in einem Entscheidungsbedarf, der dann innerhalb weniger Tage reklamiert wurde und wo das Bedürfnis nach zügigen Entscheidungen in einem gelegentlich schmerzhaften Konflikt zur Notwendigkeit sorgfältiger Beratungen und abgewogener Entscheidungen stand.

Engels: Sind Sie da auch mal richtig in Streit miteinander geraten, Sie als Verteidiger der Parlamentsrechte, Schäuble dann in der Rolle der Exekutive?

Lammert: Na ja. Persönlich sind wir da nicht aneinander geraten, denn mein Adressat war die Bundesregierung, für die dann in diesen Fragen sicher der Finanzminister eine maßgebliche Rolle spielte. Ich kann mich überhaupt nicht erinnern, dass ich mit ihm mal einen persönlichen Streit gehabt hätte. Ich habe in dem vorhin in Ihrer Übersicht über seine bemerkenswerte Biographie aufgeführten Aspekt Parteienspende, die ja auch zu einer vorzeitigen Beendigung seiner Rolle als Parteivorsitzender und damals auch als Fraktionsvorsitzender geführt hat, eine ungewollt auffälliger Rolle gespielt, weil ich ihm damals die Erwartung der größten Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, deren Vorsitzender ich war, überbringen musste, den unsäglichen Streit, den es dazu auch innerhalb der Partei und innerhalb der Fraktionen gab, möglichst zügig zu beenden. Aber selbst in dieser Situation, in der er ganz unmittelbar betroffen war, hat mich die außergewöhnliche, beispiellose Disziplin beeindruckt, mit der er sich gewissermaßen neben sich selbst gestellt hat, um die Lage zu betrachten, wie sie ist, und es nicht von der eigenen Interessenlage abhängig zu machen.

Engels: Dann wechseln wir etwas den Fokus. In seinem letzten Interview Ende des Jahres hat sich Wolfgang Schäuble einmal mehr skeptisch zu einem AfD-Verbotsverfahren geäußert. Er setzte immer auf die politische Auseinandersetzung gegen Extremismus und auch, was den Umgang mit der AfD angeht. Wie sehen Sie dieses Thema eines möglichen AfD-Verbotsverfahren mittlerweile, angesichts der neuesten Recherchen um das Geheimgespräch mit AfD-Politikerteilnahme, bei dem es ja auch um Deportationspläne von Menschen mit Migrationshintergrund ging? Muss man da die Gefährlichkeit von zumindest Teilen dieser Partei nicht anders bewerten?

Lammert: An der Gefährlichkeit dieser Partei besteht ja fast kein Zweifel mehr. Jedenfalls ist die Einsicht ganz offensichtlich, wie gerade die letzten Tage mit den bemerkenswerten Großdemonstrationen gezeigt haben, deutlich gewachsen. Es beantwortet aber nicht die Frage, ob ein Parteiverbot das wirksamste und auch erfolgversprechendste Instrument dagegen ist. Insofern teile ich die Skepsis von Wolfgang Schäuble.

Es ist schon gut, dass unsere Verfassung solche Möglichkeiten vorsieht, damit im Übrigen ja auch unmissverständlich signalisiert, dass es eine Grenze gibt, jenseits derer auch von beachtlichen Teilen der Wählerschaft unterstützte Positionen nicht mehr akzeptiert werden, weil sie mit Grundsätzen und Prinzipien unserer Verfassung kollidieren.

Aber noch mal: Die Frage, ob und zu welchem Zeitpunkt die antragstellenden Verfassungsorgane von einem solchen Verbotsverfahren Gebrauch machen wollen, sollte auf einer nüchternen Abwägung der angestrebten, der erreichbaren Wirkungen abstellen und vor allen Dingen die Nebenwirkungen nicht aus dem Auge verlieren, die mit einem solchen Verfahren verbunden sind. Manche scheinen ja die treuherzige Vorstellung zu haben, man könnte ein drohendes ungewolltes Wahlergebnis bei den Landtagswahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern durch ein zügiges Verbotsverfahren verhindern. Das ist unter jedem Gesichtspunkt abwegig. Natürlich wird es unter keinem Gesichtspunkt bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geben können. Aber es wird dann in dieser Zeit eine Dauerdebatte über die vermeintliche Zensur von politisch nicht gewollten konkurrierenden Auffassungen geben. Es wird eine Märtyrer-Rolle für direkt und indirekt Betroffene geben, bei immer noch offenem Ausgang eines solchen Verfahrens, und deswegen gefällt mir das in den letzten Tagen erkennbare Aufbäumen der politischen Mitte gegenüber einer Gefahr, die man vielleicht zu lange auf die leichte Schulter genommen hat, deutlich besser als die Debatte über Verbotsverfahren.

Engels: Man darf dabei auch nicht aus dem Blick verlieren, dass bei diesem angesprochenen Geheimgespräch wohl auch einige CDU-Mitglieder teilgenommen haben. Wie zufrieden sind Sie mit dem Umgang Ihrer Partei in der Abgrenzung zur AfD?

Lammert: Die Abgrenzung ist unmissverständlich. Friedrich Merz hat gestern Abend auch noch mal deutlichgemacht, dass außer zwei Mitgliedern der Werteunion, die ohnehin keine Organisation der CDU ist, es sich nur um ein einziges Mitglied handelt, gegen das ein Ausschlussverfahren eingeleitet worden ist. Wer an dieser Art von Aktivitäten teilnimmt, hat in der CDU ganz sicher nichts zu suchen. Diese Position ist auch innerparteilich vollständig unstrittig. Und dass die Parteien in der Herausforderung durch Demokratiegegner den breiten Konsens aller Demokraten herstellen und dass der inzwischen nicht nur unter den professionellen Politikern, sondern auch in einem immer größeren Teil der Bürgerschaft sichtbar ist, das ist die viel wichtigere Botschaft als der Hinweis auf denkbare Mittel, die das Grundgesetz im Kampf gegen die AfD notfalls zur Verfügung stellt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

